



## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2015 vom 13.04.2015
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
  - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
    - 7.1.1. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
  - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
    - 7.2.1. Fehlendes Angebot der INP Holding AG
    - 7.2.2. Terminierung des Jahresabschlusses 2012
8. Verschiedenes
  - 8.1. Antrag der WAB-Fraktion zur Vereinfachung des Haushaltsplans 2016 **AN/020/2015**

## 1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende, Herr Christian Conring, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

## 2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest.

## 3. **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende berichtet, dass in der Sitzung am 13.04.2015 dem Ankauf mehrerer Teilflächen in einer Größe von ca. 2.450 m<sup>2</sup> im B-Plangebiet 92, Erlehnhof-Süd, für Erschließungszwecke und zur Herstellung von Grünanlagen zugestimmt wurde.

## 4. **Einwohnerfragestunde**

Anwesend ist der Einwohner **Herr Schröter** aus der Parkallee. Im Hinblick auf die Pressemitteilungen zum Jahresabschluss 2011 fragt er nach, welche Missstände aufgetreten seien. Er fragt ferner nach, warum die Beratung in einigen Punkten nicht öffentlich erfolgte.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass der Jahresabschluss 2011 generell in öffentlicher Sitzung erörtert wurde. Hierin wurden zutreffend einige Mängel, z. B. im Bereich des Mahnwesens, dargestellt. In seiner Eigenschaft als Mitglied der CDU-Fraktion weist der Vorsitzende darauf hin, dass diese Mängel bereits zum wiederholten Male im Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes enthalten waren. Er teilt ferner mit, dass die Verwaltung erst den Jahresabschluss 2011 vorgelegt habe, die aktuellen Planungen somit auf alten Planzahlen beruhen und keine belastbaren Zahlen vorlagen. Ferner wird auf den noch unzureichenden Wissenstransfer der externen Berater an die Verwaltung hingewiesen.

Nachdem sich Herr Conring als CDU-Mitglied geäußert hat, äußert sich ferner Herr Reuber als Mitglied der SPD-Fraktion. Herr Reuber widerspricht den Aussagen und weist insbesondere darauf hin, dass – auch durch Ablehnung der CDU-Fraktion – keine Aufstockung der Stellen in der Finanzbuchhaltung bzw. Finanzabteilung erfolgt sei, auch nicht vorübergehend. Es dürfe nicht versäumt werden, darauf hinzuweisen, dass die Umstellung des Haushaltswesens einen Strukturwandel in der Verwaltung bedeutet habe. Die Doppik beruhe auf völlig anderen Grundsätzen als die kamerale Haushaltsführung. Ferner wird darauf hingewiesen, dass die Jahresabschlüsse 2012 bis inkl. 2014 in 2015 mit externer Unterstützung ebenfalls noch beschlossen werden sollen. Es brauche aber zeitlicher Freiräume, um Wissenstransfer zu leisten. Diese zeitlichen Freiräume seien bei den vorliegenden Zeitplänen nicht gegeben.

Der Berichterstatter ergänzt, dass der Bericht zum Jahresabschluss 2011 in der Verwaltung eingesehen werden könne. Er bietet dies Herrn Schröter ausdrücklich an. Dieser habe evtl. die nicht öffentliche Beratung mit der Beratung zur Bilanz der Stadtwerke **verwechselt**. Die Bilanz der Stadtwerke wurde im Bundesanzeiger veröffentlicht, die Beratung war nicht öffentlich vorgesehen. In diesem Zusammenhang wird kurz auf die Korrektur der Bilanz 2012 im Jahresabschluss 2013 eingegangen. Ein finanzieller Schaden sei nicht entstanden, es wurde im Rahmen der Bilanz 2012 nur eine geringe Rückstellung gebildet. Durch Netzentgeltzahlungen in 2013 für 2012 war es aufgrund der zu niedrigen Rückstellung erforderlich, den Jahresabschluss 2012 zu ändern.

Der Vorsitzende erklärt ferner, dass die Beratung zur Bilanz der Stadtwerke 2013 zwar nicht öffentlich vorgesehen worden war, letztlich durch Beschlussfassung jedoch öffentlich erfolgte.

## **5. Festsetzung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende schlägt vor, wie in der Einladung vorgesehen, die Tagesordnungspunkte ab TOP 9 in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

**Abstimmungsergebnis:** **Alle dafür**

Der Finanzausschuss stimmt anschließend der mit Einladung vom 22.04.2015 versandten Tagesordnung einstimmig zu.

## **6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2015 vom 13.04.2015**

In dieser Sitzung war Herr Hielscher nicht anwesend. Dies ist auch zutreffend in der Anwesenheitsliste dargestellt. Er wurde durch Herrn Claas-Christian Dähnhardt vertreten.

Entsprechend ist TOP 14 zu Vorlagen Nr. 2015/032/1 „Grundstücksangelegenheit“ zu ändern. Statt „Herr Hielscher erklärt“ ist auszuführen: „Herr Dähnhardt erklärt sich mit dem Ergebnis, ...“

Weitere Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

## **7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung**

### **7.1. Berichte gem. § 45 c GO**

#### **7.1.1. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt**

Die Verwaltung erläutert die angenommene Liquiditätsentwicklung bis zum 05.06.2015 (23. KW). Aufgrund des Steuertermins am 15.05.2015 werden die Einnahmen mit 11,783 Mio. € und die Auszahlungen mit 2,735 Mio. € angenommen. Danach verbleiben liquide Mittel von rd. 8,54 Mio. €. Die Details sind der **Anlage** zu entnehmen.

Ferner wird berichtet, dass die Gewerbesteuer gegenüber dem Planansatz von 20,0 Mio. € derzeit ein Anordnungssoll von rd. 16,9 Mio. € ausweist. Somit fehlen rd. 3,1 Mio. € zum Erreichen des Planansatzes. In diesem Zusammenhang wird auch erwähnt, dass in dieser Woche eine höhere Erstattung an einen Gewerbebetrieb erfolgte. Näheres wird im nicht öffentlichen Teil ausgeführt. Am 27.04.2015 betrug das Anordnungssoll noch 17,37 Mio. €.

## **7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen**

### **7.2.1. Fehlendes Angebot der INP Holding AG**

Der Berichterstatter erinnert an die Vorstellung der INP Holding AG im vergangenen Jahr im Finanzausschuss. Auftragsgemäß wurden von der Verwaltung Grunddaten erhoben und der INP Holding AG übermittelt. Allerdings ist hierauf keine Reaktion erfolgt. Es wird nachgefragt, ob die INP Holding AG erinnert werden sollte, ein Angebot zu unterbreiten.

Der Vorsitzende erklärt, dass innerhalb der INP Holding AG personelle Umstrukturierungen erfolgt seien, so habe z. B. Herr Harms das Unternehmen verlassen. Er bittet, die INP Holding AG an die Abgabe eines Angebotes zu erinnern.

### **7.2.2. Terminierung des Jahresabschlusses 2012**

Der Berichterstatter teilt mit, dass der Abgabetermin Ende April 2015 für den Jahresabschluss 2012 nicht ganz eingehalten werden könne. Auch infolge der Osterferien und urlaubsbedingter Abwesenheiten verschiebt sich die Fertigstellung des Anhangs und Lageberichts auf voraussichtlich den 20.05.2015.

Der Jahresabschluss 2013 wird bis Ende August 2015 angestrebt, der Jahresabschluss 2014 bis Ende Dezember 2015.

## 8. Verschiedenes

AN/020/2015

### 8.1. Antrag der WAB-Fraktion zur Vereinfachung des Haushaltsplans 2016

Der Antrag wurde unter TOP 11 bereits in der vergangenen Sitzung durch Herrn Egan erläutert. Seinerzeit hat der Bürgermeister darauf hingewiesen, dass es nach dem Grundsatz der Öffentlichkeit einen Anspruch geben könnte, auch schon für die Vorberatungen auf Ausschussebene den Gesamthaushalt komplett auszufertigen, d. h. inkl. der Teilfinanzpläne.

Die rechtliche Zulässigkeit, den WAB-Antrag umzusetzen, wurde zwischenzeitlich mit der Kommunalaufsicht erörtert. Diese weist auf einen Erlass aus dem Jahr 2005 hin. Danach sind nach § 79 Abs. 1 GO (Gemeindeordnung) die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan mit den vorgeschriebenen Anlagen in öffentlicher Sitzung zu beraten. Eine Nichtbeachtung dieser zwingenden Vorgabe habe zur Folge, dass der Beschluss über die Haushaltssatzung verfahrensfehlerhaft zustande komme und die Satzung angreifbar werde.

Die Kommunalaufsicht hat diesen Erlass aktuell bestätigt und besteht auf der vollständigen Ausfertigung des Haushaltsplans mit den erforderlichen Anlagen für die Haushaltsberatung. Dies bedeutet, dass auch die Teilfinanzpläne während der Beratung zum Haushalt vorzuliegen haben.

Insofern kann dem Antrag der WAB-Fraktion nicht gefolgt werden, um die Rechtssicherheit der Haushaltssatzung nicht zu gefährden.

gez. Christian Conring  
Vorsitzender

gez. Angela Haase  
Protokollführerin